

Christiane Lammers: Friedenspädagogik und friedenspolitische Bildung – Thema der politischen Parteien bei der NRW-Landtagswahl 2022?

(Input zur Veranstaltung am 2. Mai 2022 „Frieden will gelernt sein. Stärkung der Friedensbildung in NRW“, Friedensbildungswerk Köln/Melanchthon-Akademie;

Setting: Zwei einleitende Inputs mit Fragestellung an die Kandidat*in der Grünen, der Linken und der SPD, anschl. Diskussion mit Publikum)

I. Was ist Friedenspädagogik / Friedensbildung

Heute wird Friedenserziehung als ein Komplex verschiedener Arbeitsfelder verstanden, das Antimilitarismus, Kultur des Friedens, Menschenrechtsbildung, Interkulturelles Lernen, Antirassismus, Globales Lernen ebenso umfasst wie Erziehung zur Nachhaltigkeit, Gendergerechtigkeit und Umwelterziehung. Ein ganz entscheidendes Feld ist der gewaltfreie Umgang mit Konflikten, wofür sich der Begriff ‚Konflikttransformation‘ eingebürgert hat.

Drei Ebenen sind in Augenschein zu nehmen, wenn wir über Friedenspolitische Bildung sprechen:

Friedenskompetenz: Diese meint in etwa, die Aneignung von Kenntnissen über Konflikt- und Kriegszusammenhänge – also das theoretische Fundament als Basis für das eigene Verständnis.

Friedensfähigkeit: Damit ist die Fähigkeit gemeint, in der Realität und im Alltag Konflikte friedlich lösen oder entschärfen/deeskalieren zu können. Dazu zählen beispielsweise Konfliktfähigkeit, ein Konfliktbearbeitungs-Repertoire wie auch Courage, also der Mut, sich Konflikten überhaupt zu stellen, etc.

Friedenshandeln: Damit ist kurz gesagt die Fähigkeit gemeint, auf politische und gesellschaftliche Vorgänge so einwirken zu können, dass diese friedensdienlich sind. Dies erstreckt sich von der kommunalen bis hinauf auf internationale Ebenen.

Bewusst habe ich nun eben den Begriff Friedensbildung verwendet und nicht von Friedenspädagogik gesprochen. Sowohl im strengen Sinne der Bedeutung des Wortes Pädagogik, wie aber auch die Füllung im umgangssprachlichen Gebrauch, fokussiert bei Pädagogik auf den Kontext der Erziehung von Kindern. Nicht nur, weil im ersten Input des Abends schon über Friedenspädagogik und sie unterstützende Strukturen gesprochen wurde, sondern aus Gründen der schlichten Notwendigkeit in Sachen Frieden erscheint es mir dringend geboten, dass wir unseren Blick weiten. Es muss mindestens ebenso darüber nachgedacht werden, wie/wo die Friedensbildung von Erwachsenen stattfindet bzw. stattfinden soll und wie dies durch Landespolitik befördert werden kann. Dieses Erfordernis stellt sich umso mehr, da frühere strukturelle Zusammenhänge von politischer und ethischer Bildung und Aufklärung wie die Gewerkschaften, die Kirchen und nicht zuletzt die Parteien selbst einfach schon aufgrund der geringer werdenden Mitgliedschaften an Bedeutung verloren haben. Wir können nicht alle Probleme der heutigen Welt auf das Handeln unserer Kinder in der Zukunft abwälzen.

II. Friedensbildung in den Wahlprogrammen?

Um zu schauen, was Sie bzw. Ihre Parteien zum Obengesagten vorschlagen und an welchem Problembewusstsein Sie ansetzen, habe ich mir die drei Landtagswahlprogramme Ihrer Parteien angeschaut, und dabei eine einfache Methode angewandt: Nämlich eine digitale Suche nach den Kernbegriffen Frieden, Konflikt, Gewalt, Krieg und politische Bildung durchgeführt.

Die Grünen /Bündnis 90, was findet sich dort im Text des Wahlprogramms zu den genannten Stichworten? [Hinweis zur Textfassung d. Inputs: Unterstreichungen von CL]

„Schulen zu Orten ohne Diskriminierung machen

Rassismus, Antisemitismus, Homo- und Transfeindlichkeit und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind eine Realität im Alltag vieler Menschen, auf der Straße, im Netz und in Institutionen. Diese Art der Diskriminierung macht vor unseren Schulen nicht Halt. Deswegen müssen Schüler*innen und Lehrkräften für Hass, Hetze und sexualisierte Gewalt – gerade im Netz – sensibilisiert werden. Und noch immer beeinflussen rassistische Zuschreibungen die Bildungschancen junger Menschen. Wir verstehen Vielfalt und Mehrsprachigkeit als Chance und Potenzial, das wir ausschöpfen wollen. Wir wollen deshalb Demokratiebildung, Sensibilität für Formen und Auswirkungen von Diskriminierung und rassistuskritische Aufklärungsarbeit in den Schulen des Landes verbindlich etablieren und fördern. Wir werden dementsprechende Inhalte in die Fort- und Weiterbildungsplanung aufnehmen. Das schulische Personal soll dabei durch regelmäßige Fortbildungen und Handreichungen in seiner Handlungssicherheit unterstützt werden.“

Auch in dem Textabschnitt zur außerschulischen Jugendbildungsarbeit findet sich „Frieden“ und angrenzende Themenfelder wieder.

Es heißt dort: „... Politische Bildung muss europa- und friedenspolitische Kompetenz fördern und globale Konfliktlagen, die auch Zuwanderungsbiografien prägen, berücksichtigen. ... Die Friedens- und Konfliktforschung, einschließlich der naturwissenschaftlich-technischen, fördern wir dauerhaft mit angemessenen Mitteln und einem landesweiten Netzwerk. Dass öffentlich geförderte Forschung transparent ist und dem Frieden dient, stellen wir über die Wiedereinführung der Zivilklausel rechtlich sicher. ...“

Und an anderer Stelle: „Wir wollen NRW als wichtigen Stand- und Konferenzort für Menschenrechte und Friedensbildung, Nachhaltigkeitsstrategien und Demokratisierungsprozesse etablieren.“

Meine Einordnung dazu: Außer in Bezug auf die Wiedereinführung der sog. Zivilklausel an den Universitäten sehe ich im Grünen-Wahlprogramm keine konkreten Maßnahmen zur friedenspolitischen Bildung anvisiert. Offen bleibt für mich daher die Frage, wie die Ziele erreicht werden sollen? Wenn NRW ein wichtiger Standort für all dies werden soll, was sind die Maßnahmen die dahin führen? Es kann ja wohl nicht die Vorstellung existieren, dass man über eine(n) Konferenz(ort) ein Flächenland wie NRW zu einem wichtigen Standort macht!

In den letzten Jahren hat die Förderung der Polit. Bildung keinen finanziellen Aufwuchs durch das Land erhalten, durch Corona ist sie außerordentlich geschwächt worden. Die auch im Grünen-Wahlprogramm enthaltene Forderung, dass man die Landeszentrale f. Polit. Bildung beim Parlament ansiedeln will, erscheint mir diesbezüglich völlig unerheblich zu sein.

Zum SPD-Wahlprogramm:

Das Programm spielt mit dem rhetorischen Element „Zufriedenheit“: In sehr vielen Textabschnitten wird diese als Zielperspektive aufgegriffen: Meine Textsuche gestaltete sich also etwas schwierig. (In Klammern: Es wäre interessant zu untersuchen, ob „Zufriedenheit“ tatsächlich eine für das kritische Bewusstsein und die Entwicklung einer die gesellschaftlichen Probleme aufgreifenden Dynamik unterstützend oder hinderlich ist).

Konkret „Frieden“ wird nur angesprochen im Kap. EINE WELT – UNSERE GLOBALE VERANTWORTUNG auf der vorletzten Seite des etwa 100-seitigen Programms.

Der Umgang mit Konflikten findet sich im Passus über das Schulsystem in NRW im Kontext der Begründung für ein pädagogisches Zentrum, das allgemein als Beratungs- und Fortbildungseinrichtung die Schulen bei allen pädagogischen Fragen/Problem unterstützen soll.... > „Es bündelt die pädagogische und sonderpädagogische Expertise zu Unterricht und inklusiver Schulentwicklung. Es unterstützt die Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer, die Fachlehrerinnen und Fachlehrer und die unterrichtenden Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen und steht zur schulinternen Beratung zur Verfügung. Es koordiniert die Zusammenarbeit mit Externen von der Schulpsychologie über Therapeutinnen und Therapeuten bis zur Jugendhilfe. Hier gibt es zusätzliche Angebote und Auszeitangebote in Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe, auch für Schülerinnen und Schüler, die in Konflikte geraten oder Verhaltensprobleme bearbeiten müssen.“ Vielleicht könnte dieser Vorschlag eine Andockmöglichkeit für die von meinem Vorredner vorgestellte Fachstelle Friedensbildung sein. Ich habe aber Zweifel, da es sich bei dem Zentrum um eine staatliche Institutionalisierung handelt und damit die in Sachen Friedensbildung vorhandene Fachkompetenz der Nichtregierungsorganisationen Schwierigkeiten hätte zur Geltung zu kommen.

Ansonsten habe ich nur eine Textstelle gefunden, in der eines der gesuchten Schlagworte behandelt wird, eben ganz am Ende des Programms: Die Bewahrung des Friedens in Europa ist gerade in diesen Zeiten der zunehmenden Spannungen in der Welt die unabdingbare Voraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung auch in NRW. Daher engagieren wir uns für ein Europa des Friedens, der Entspannung, der Abrüstung und der Zusammenarbeit, insbesondere mit den europäischen Nachbarländern.

Auch an die SPD also die Frage, wie soll das geschehen? Welche Rolle spielt dabei die Gesellschaft und damit die friedenspolitische Bildung?

Zum Wahlprogramm der Partei Die Linke:

Im Wahlprogramm der Linken werden friedenspolitische Bildungszusammenhänge an mehreren Stellen direkt angesprochen, wie z.B. die Förderung der Friedensforschung an den Hochschulen, auch die (Wieder-)Einrichtung einer Zivilklausel an den Hochschulen oder die Erziehung zur Gewaltfreiheit in Kindergärten und Schulen. Auch der demokratischen Erziehung und politischen Bildung wird ein Unterkapitel gewidmet. Das umfangreiche Kapitel „Konsequent für Frieden und Abrüstung“ stellt friedenspolitische Positionen und Maßnahmen zur allgemeinen Verteidigungspolitik dar. Rüstungsindustrie und Rüstungsexport werden benannt und die Ansiedlung der NATO-Agentur in NRW als konkretes Handlungsfeld von Landespolitik benannt. Die Bundeswehr soll raus den Schulen und den Jobcentern, es sollen Lernorte für Antifaschismus, Antirassismus, Frieden und Demokratie geschaffen werden. Etwas bedauerlich fand ich, dass im Kapitel „Weiterbildung: Angebote ausbauen und Personal anständig bezahlen“ zwar viele begrüßenswerte Maßnahmen im Allgemeinen angesprochen werden, aber die Situation der freien zivilgesellschaftlichen Bildungsträger, die insbesondere gerade im Bereich Friedensbildung tätig sind, unberücksichtigt bleibt.

Am Rande bemerkt hatte ich beim Lesen etwas den Eindruck, dass die Linke sich in ihrem Wahlprogramm eher auf militärkritische Positionen als auf friedenspolitische fokussiert hat. Dies macht m.E. durchaus einen Unterschied, der konkret bei den Ausführungen zu den landespolitischen Handlungsmöglichkeiten deutlich wird. So wurde die Frage der Bildung nicht nur in Sachen Friedenswissen, sondern bezüglich der Friedenskompetenzen zum Umgang mit Konflikten oder von staatlicher Unterstützung zivilgesellschaftlicher Strukturen und Möglichkeiten zu wenig in den Blick genommen ist.

III. Herausforderungen durch den Krieg

An Sie alle drei möchte ich noch folgende Frage herantragen: Wir befinden uns alle seit Februar in Kriegszeiten. Kriegszeiten führen dazu, dass nicht nur massenhaft Gelder umgeschichtet werden, um Krieg zu führen, sondern damit einher geht auch ein Mentalitätswandel. Der Blick, das Handeln wird sicherheitslogisch ausgerichtet, friedenslogische Perspektiven und Handlungsprämissen verlieren an Bedeutung und Durchsetzungskraft. Das Freund-Feind-Denken greift um sich, komplexe Zusammenhänge werden simplifiziert, Konfrontation statt Kooperation nach vorne gerückt, Gewalt als vorrangiges Mittel legitimiert, eine Verrohung findet statt. Diese Phänomene treten nicht nur im unmittelbaren Kriegsgebiet auf oder bei den unmittelbaren Kriegsparteien, sondern verändern auch Gesellschaften, die mittelbar im Krieg involviert sind. Einen Vorgeschmack bekam man m.E. bei der Generaldesavourierung von Entspannungspolitik, bei dem Vorwurf der Zögerlichkeit des Bundeskanzlers in Sachen Waffenlieferung, bei der Infragestellung von zivilgesellschaftlichen Kooperationen zwischen Deutschland und Russland oder auch bei den Übergriffen auf russischstämmige Menschen hier bei uns.

Haben Sie sich Gedanken gemacht, welche Wirkungen der Krieg in unserer Gesellschaft jenseits der humanitären Hilfe für die Ukrainer*innen oder der Sicherung unseres Energieverbrauchs haben kann und wie damit seitens der Landespolitik umzugehen ist?

Besten Dank für Ihre Antworten!